

Regierungsratsbeschluss vom 22. September 2015

Verordnung zum Weiterbildungsgesetz; Eröffnung des Anhörungsverfahrens

P151052

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Eidg. Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF

Begründung

Die Beschränkung auf eine unbestimmte Erhöhung der Teilnahme an Grund-kompetenz-angeboten (ohne konkrete, quantitative oder qualitative Ziele) und der dafür festgelegte finanzielle Rahmen erscheinen wenig geeignet, um die Kantone wirksam zu unterstützen und die benötigten Impulse zu setzen. Weiter beschränkt sich der Inhalt der Verordnung auf die Konkretisierung einiger weniger Gesetzesartikel. Auf Vorgaben und Bestimmungen, welche die Einordnung der Weiterbildung in die bestehende Bildungssystematik abbilden, wird vollständig verzichtet. Aus diesem Grund kann die vorliegende Verordnung dem Grundgedanken des neuen Bundesgesetzes über die Weiterbildung nur bedingt gerecht werden.

